



**DIPF**

Bildungsforschung  
und Bildungsinformation

**Horst Weishaupt**

# **Schulische Bildung als Analysegegenstand des kommunalen Bildungsmonitorings**

Referat auf dem 2. Netzwerktreffen, Transferagentur Nord-Ost,  
Regionalbüro Brandenburg am 15. November 2016 in Kremmen

Unter einem Monitoring versteht man traditionell die Dauerbeobachtung oder Überwachung eines Prozesses mittels technischer Hilfsmittel. Oft geht es um die Funktion von Maschinen oder umfangreichen technischen Systemen aber auch um die Beobachtung von Naturvorgängen (z. B. Wetter, Erdbeben­tätigkeit) oder biologischen Abläufen (z. B. Langzeit-EKG). Die verfolgte Absicht ist, bei Abweichungen von dem gewünschten Verlauf, schnell intervenieren zu können, um langfristige Fehlentwicklungen oder drohende Gefahren und die damit verbundenen Folgen zu vermeiden.

# Konzeptionelle Grundlagen des Bildungsmonitorings

Schon lange werden auch gesellschaftliche Prozesse beobachtet. Dafür wurde ein umfangreiches System statistischer Erhebungen aufgebaut. Insbesondere die wirtschaftliche Entwicklung findet schon lange große Aufmerksamkeit.

Seit mehreren Jahrzehnten wird kritisiert, dass sich die gesellschaftliche Entwicklung nur unzureichend über wirtschaftliche Indikatoren abbilden lässt und die Wohlfahrt der Bevölkerung auch durch die Wohnbedingungen, Bildungsmöglichkeiten, das Gesundheitswesen, die Verkehrsinfrastruktur usw. beeinflusst wird.

# Bildungsmonitoring, evidenzbasierte Steuerung und Sozialindikatoren

Sozialindikatorenbewegung und internationale Ansätze zur gesellschaftlichen Dauerbeobachtung bilden letztlich die wissenschaftliche Grundlage für das Bildungsmonitoring:

Die Entwicklung gesellschaftlicher Wohlfahrt (der individuellen und gesellschaftlichen Lebensqualität) lässt sich nicht nur über ökonomische Indikatoren erfassen.

**Anliegen des Bildungsmonitorings ist es, gesellschaftliche Prozesse der Qualitätsentwicklung im Bildungswesen kontinuierlich zu beobachten.**

**Sie ist bezogen auf eine evidenzbasierte Steuerung der Entwicklung des Bildungswesens**

# Was ist ein regionales Bildungsmonitoring?

Kontinuierliche, datengestützte Information der lokalen Bildungspolitik und Öffentlichkeit über

- Rahmenbedingungen
- Verlaufsmerkmale
- Ergebnisse und Erträge von Bildungsprozessen

in der Region unter Berücksichtigung kleinräumiger Entwicklungen und der Situation einzelner Institutionen.

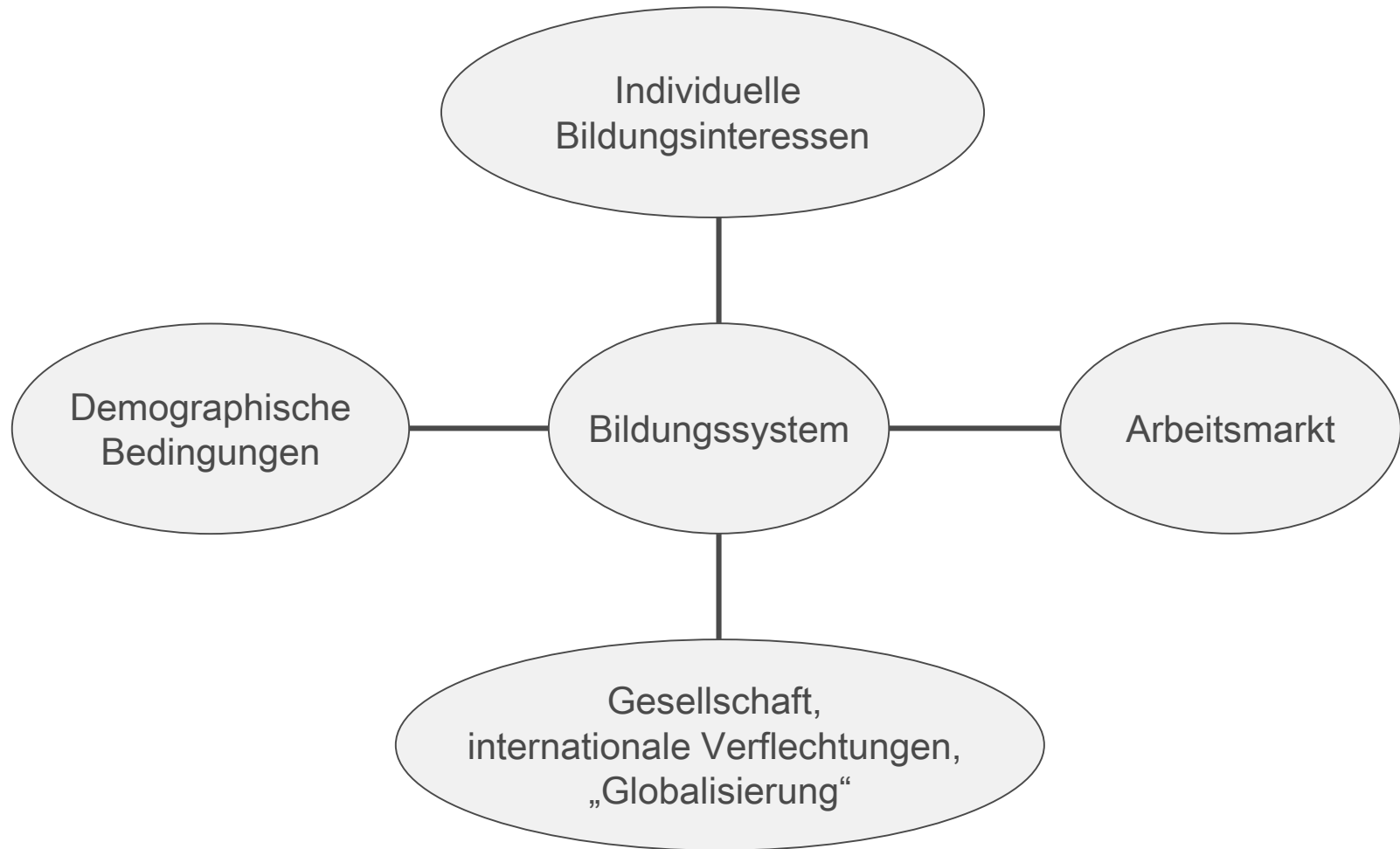
Wichtig ist eine bildungsbereichsübergreifende Perspektive, um umfassend die Daseinsvorsorge (Wohlfahrt) der Bevölkerung bezogen auf Bildungsmöglichkeiten zu erfassen.

# Warum regionales Bildungsmonitoring?

Ein Bildungsmonitoring bietet Potenzial für die Steuerung im Bildungswesen und von „evidenzbasierten“ politischen Entscheidungen vor allem durch

- die datengestützte **Problemanalyse / Situationsbeschreibung**
- die Bereitstellung von Informationen zu ausgewählten Steuerungsaspekten (**Systemkontrolle im Blick auf Zielwerte**)
- die Darstellung intendierter und nicht-intendierter Folgen von ergriffenen oder nicht ergriffenen Steuerungsmaßnahmen (**Evaluationsfunktion**)
- die empirisch fundierte Aufbereitung von steuerungsrelevanten Informationen, die nachhaltige Problembereiche oder zeitweilig öffentlich bewegende Probleme thematisieren (**Problemfeldanalysen**).

# Rahmenbedingungen des Bildungssystems



# Gliederung



**DIPF**

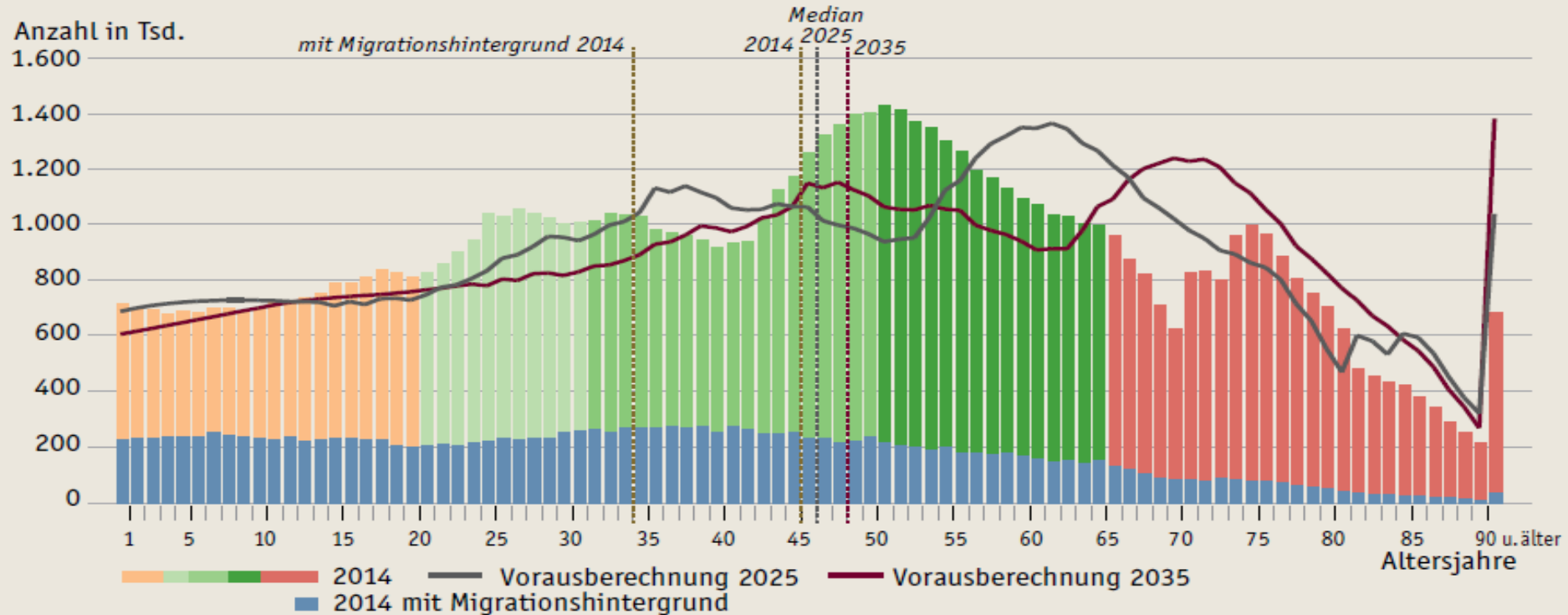
Bildungsforschung  
und Bildungsinformation

1. Demografische Entwicklungen und gesellschaftliche Auswirkungen
  - 1.1 Auswirkungen der Demografie auf die Schulentwicklung
  - 1.2 Ersatz- und Zusatzbedarf an qualifizierten Arbeitskräften und Folgen für das Schulsystem
2. Überlegungen zur Bewältigung der Herausforderungen
  - 2.1 Folgerungen für die Schulentwicklung
  - 2.2 Folgerungen für die Fachkräftesicherung
3. Zusammenfassende Überlegungen




# 1.1 Auswirkungen der Demografie auf die quantitative Schulentwicklung

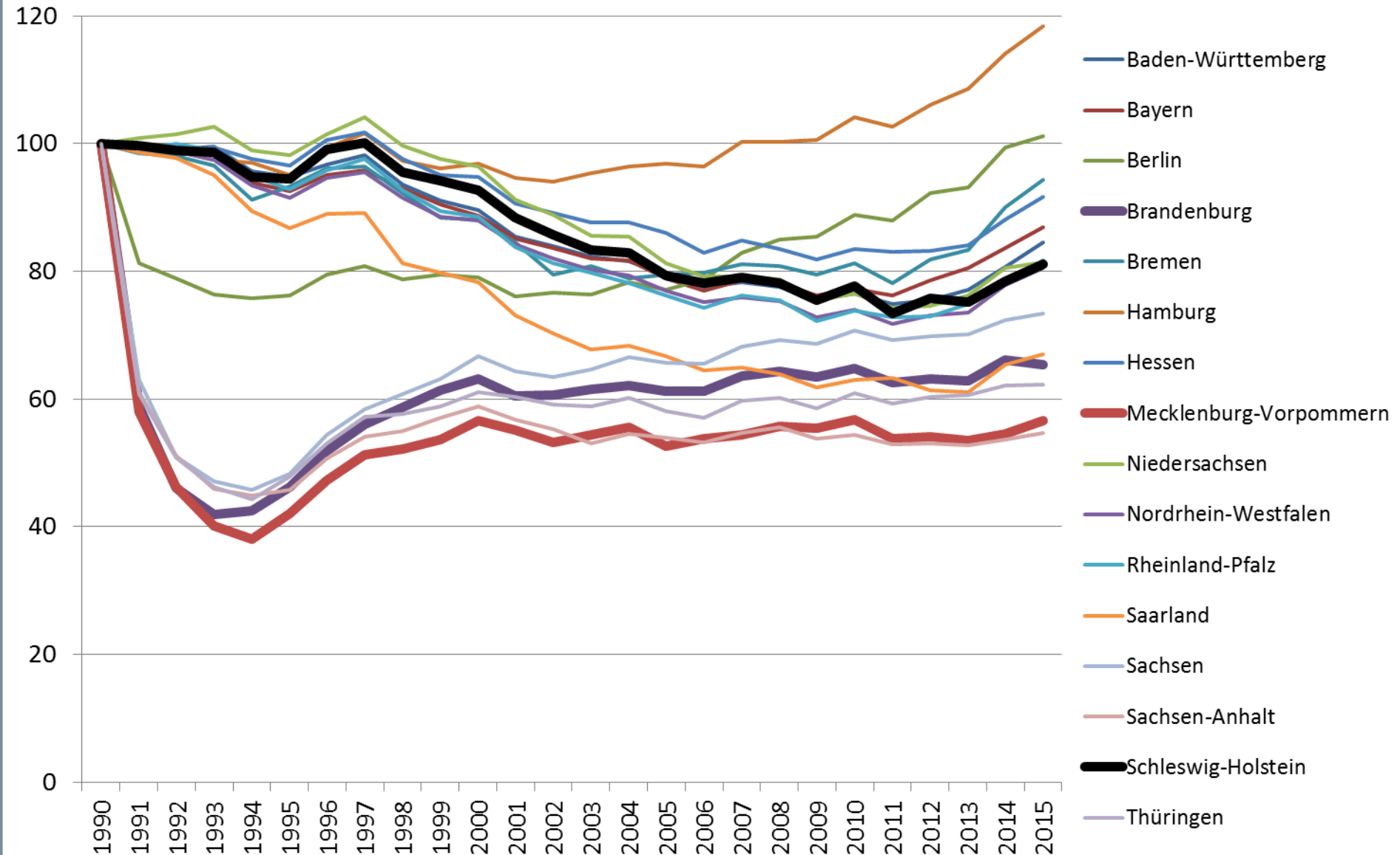
**Abb. A1-1: Bevölkerungsstruktur Deutschlands 2014 sowie Ergebnisse der Vorausberechnung für 2025 und 2035 nach Altersjahren (Anzahl)**



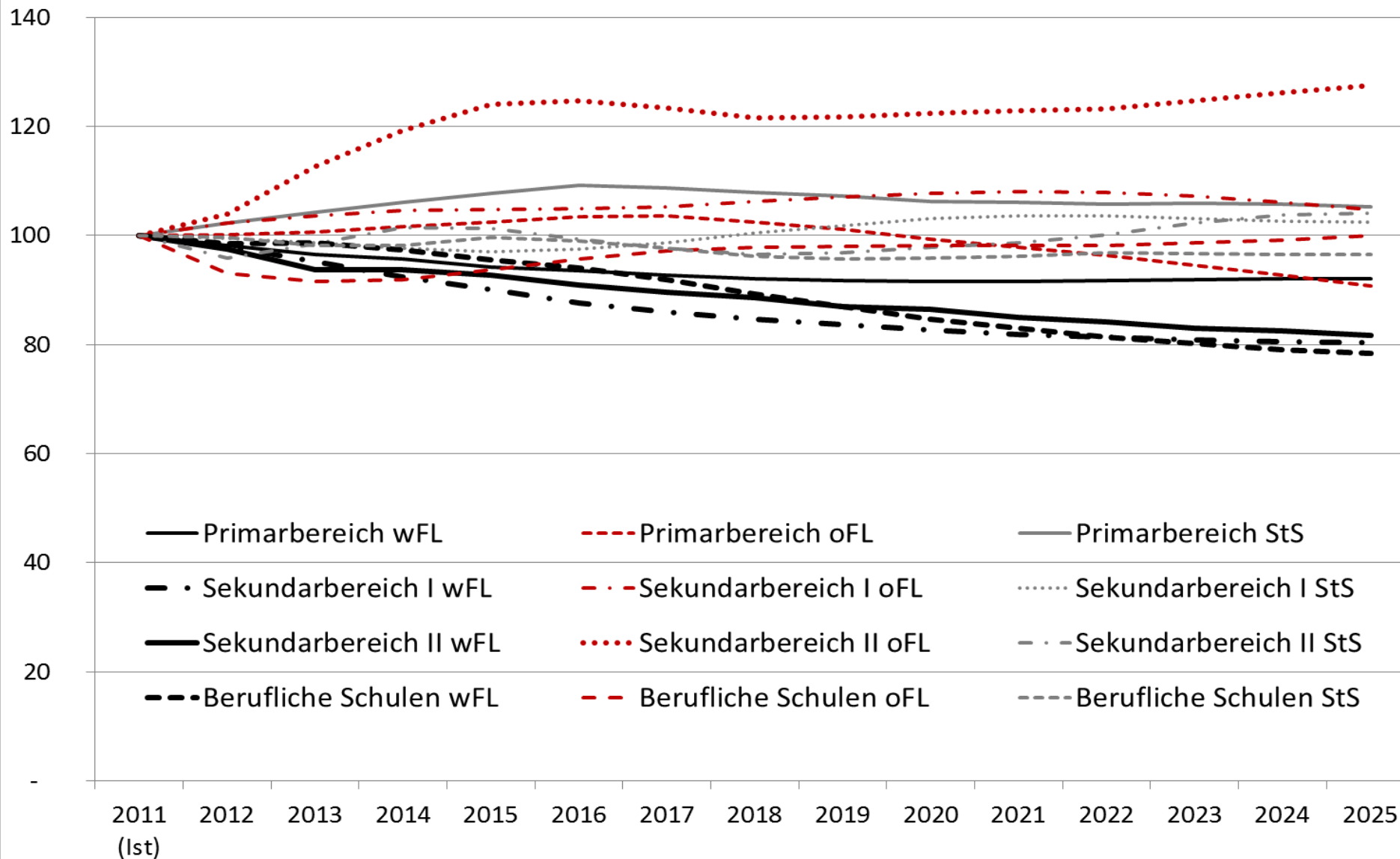
*Lesebeispiel: Im Jahr 2014 haben von den 1.006.078 30-Jährigen rund 260.000 einen Migrationshintergrund. Diese 30-Jährigen werden im Jahr 2025 (schwarze Linie) 41 Jahre alt sein und 10 Jahre später, im Jahr 2035 (rote Linie), das 51. Lebensjahr erreicht haben. Die geringe Sterblichkeit in dieser Zeitspanne wird im Wesentlichen durch Zuwanderung ausgeglichen, sodass die Anzahl der Personen mit rund einer Million relativ konstant bleibt. Für 2014 liegt das Medianalter der Bevölkerung bei 45 Jahren; das heißt, dass 50 % der Bevölkerung 45 Jahre und älter sind. Dieser Durchschnitt wird in den kommenden Jahren voraussichtlich steigen: im Jahr 2025 würde er bei 46 Jahren, 2035 bei 48 Jahren liegen.*

*Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Bevölkerungsstatistik 2014, Mikrozensus 2014, 13. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung *

# Entwicklung der Geburtenzahlen in Deutschland nach Ländern 1990-2015 (1990 = 100)



## 2. Auswirkungen der Geburtenentwicklung auf die quantitativen Entwicklungen im Schulsystem

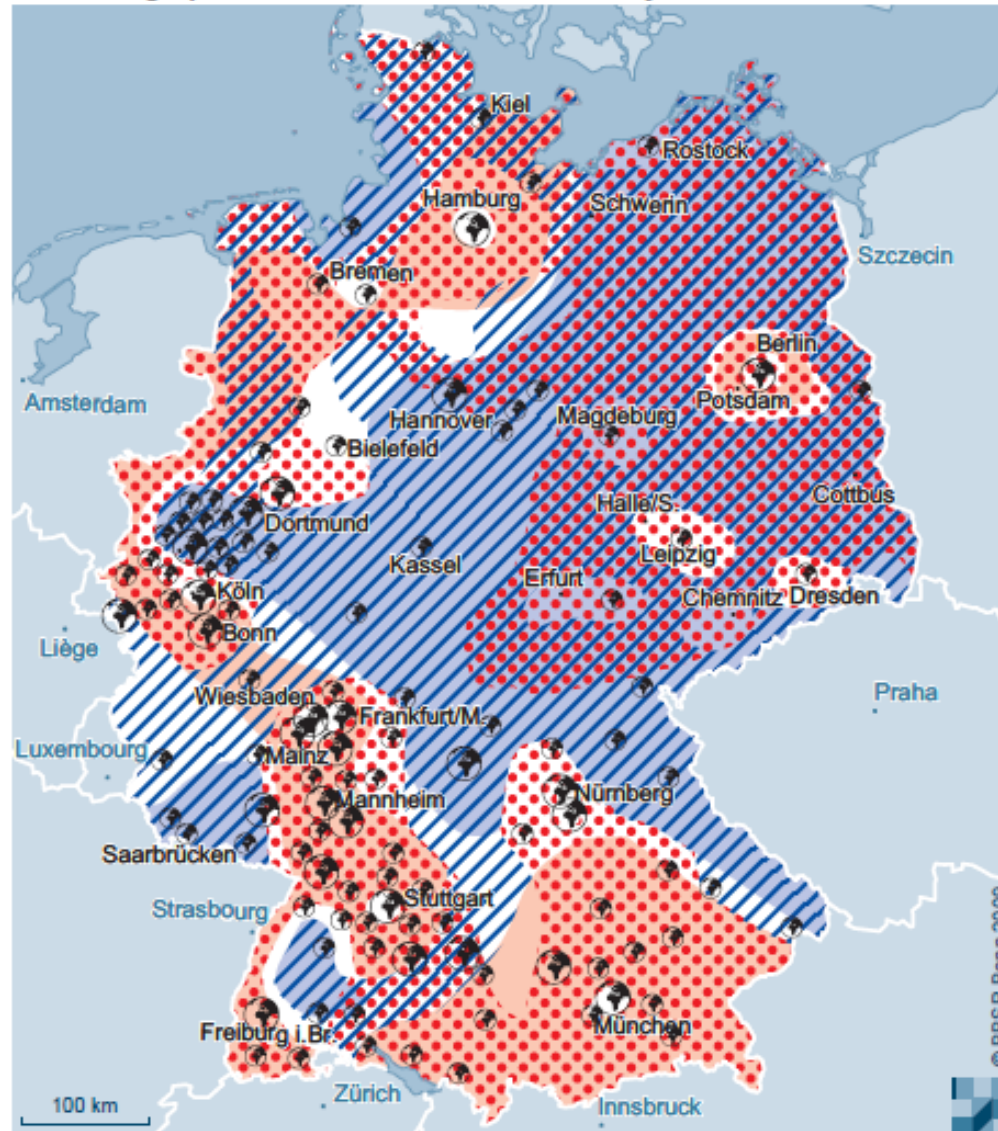


# Der demographische Wandel im Raum - eine Synthese



**DIPF**

Bildungsforschung  
und Bildungsinformation



## Ausprägung von Komponenten des demographischen Wandels bis 2025

großräumige  
Bevölkerungsdynamik

- deutliche Abnahme
- deutliche Zunahme

Alterung

- starke Abnahme der Schulpflichtigen
- massive Zunahme der Hochbetagten

Internationalisierung

- stark
- sehr stark

Quelle: BBSR-Bevölkerungsprognose 2005-2025/bbw

© BBS R. Bonn 2009

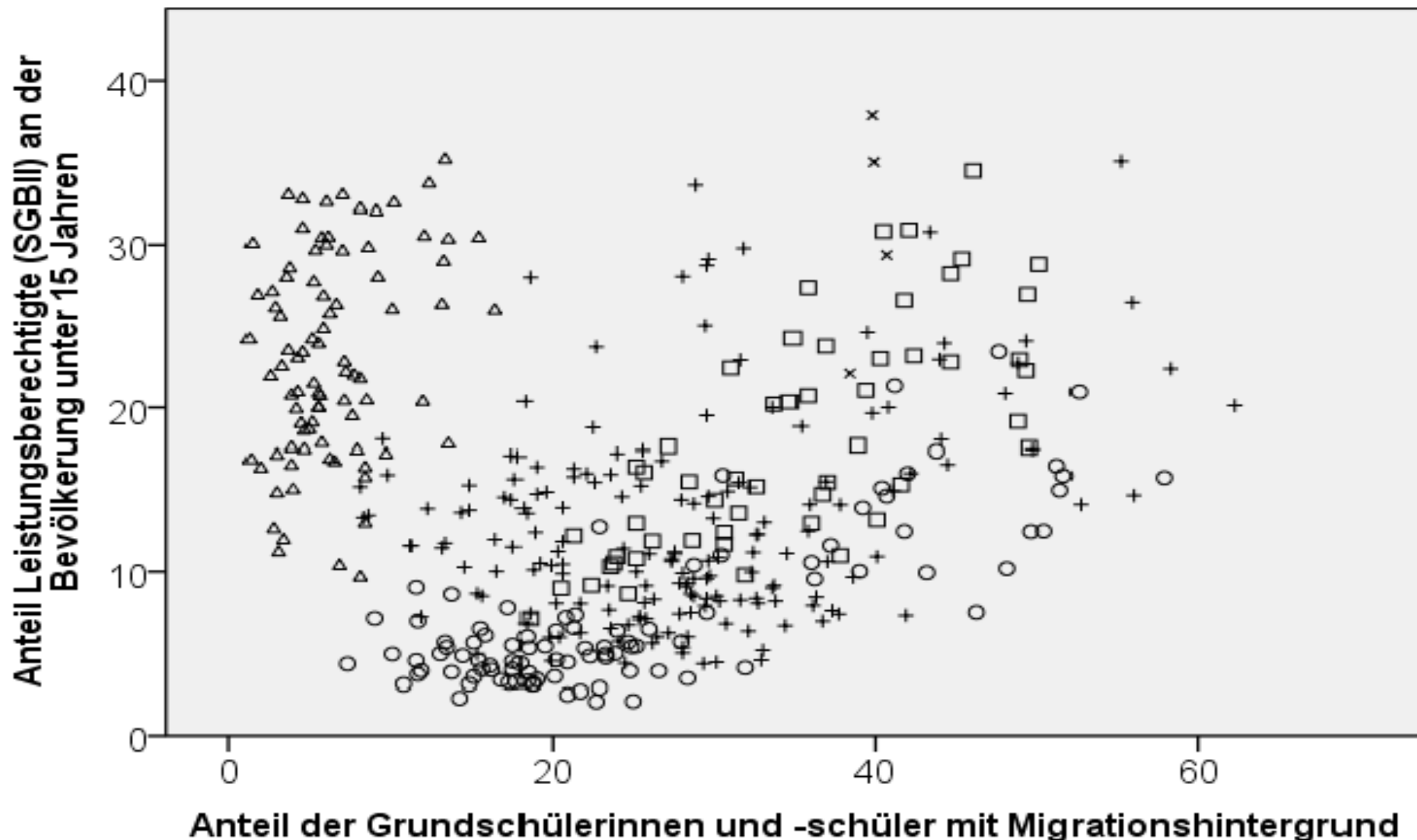
- Relativ starker Schülerrückgang in Schleswig-Holstein im Vergleich der westdeutschen Flächenländer – aber starke regionale Unterschiede: Ländliche eher dünn besiedelte Kreise im Norden Schleswig-Holsteins stark vom Schülerrückgang betroffen, steigende Schülerzahlen im Hamburger Umland und den Städten, vor allem in Kiel.
- Stagnierende oder rückläufige Bevölkerungsentwicklung im Schulalter in Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern – ausgenommen davon ist der „Speckgürtel“ um Berlin.
- Rückläufige Schülerzahlenentwicklung in den nächsten Jahren vor allem in der Sekundarstufe II in Schleswig-Holstein zu erwarten. Der Erhalt von beruflichen Schulen ist besonders gefährdet.

Die Kreise Deutschlands nach dem Anteil der Grundschülerinnen und -schüler mit Migrationshintergrund im Mai 2011 (Zensusergebnisse) und den Hilfequoten (SGB II) der Kinder unter 15 Jahren in Bedarfsgemeinschaften im Juni 2011 an der Bevölkerung unter 15 Jahren nach Ländergruppen



DIPF

Bildungsforschung  
und Bildungsinformation



Ländergruppen

○ Bayern

□ Nordrhein-Westfalen

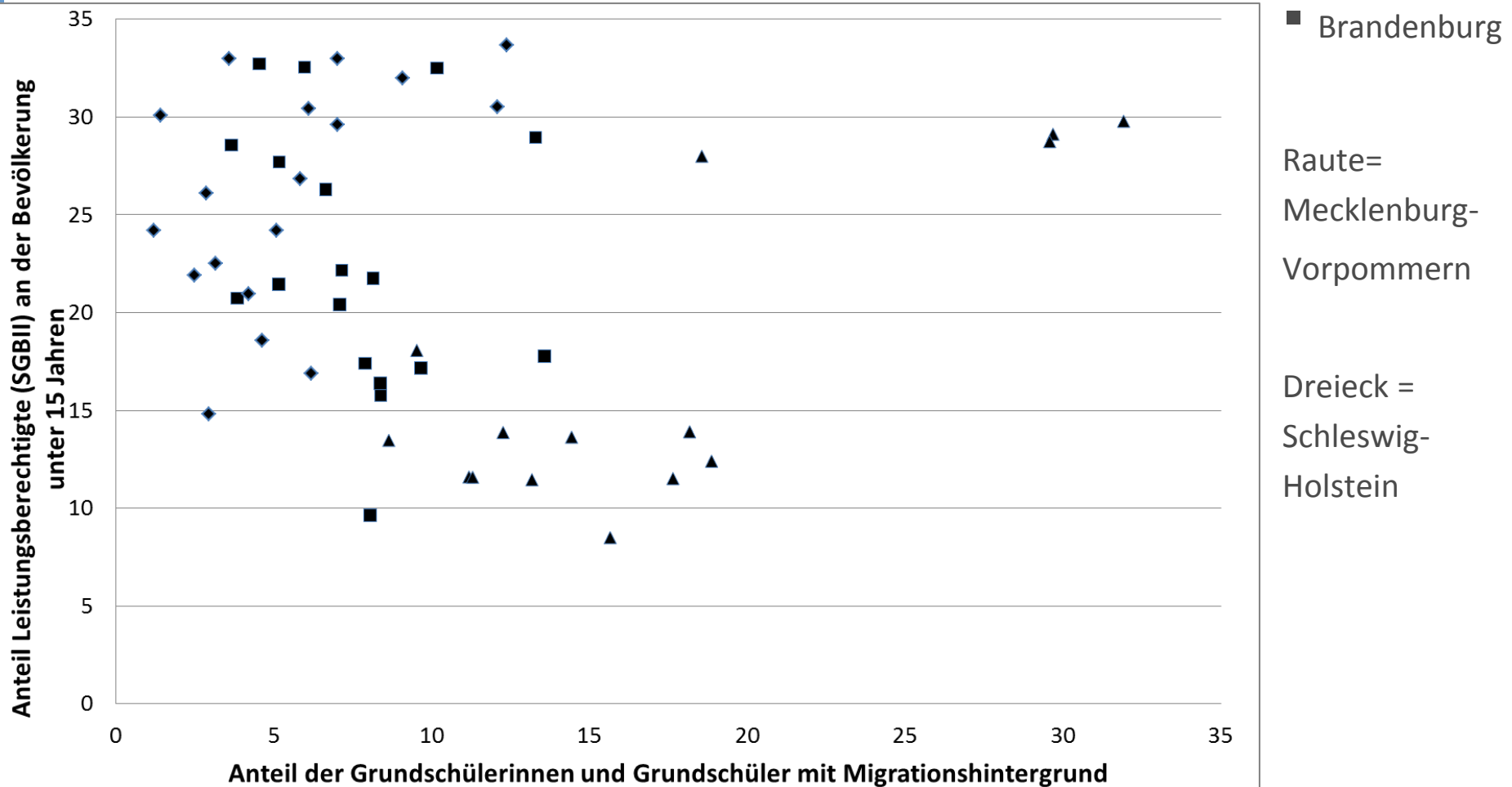
× Stadtstaaten

△ Ostdeutsche Kreise

+ Sonstige Kreise

Flächenländer West

# Die Kreise der Region Nord-Ost nach dem Anteil der Grundschülerinnen und -schüler mit Migrationshintergrund im Mai 2011 (Zensusergebnisse) und den Hilfequoten (SGB II) der Kinder unter 15 Jahren in Bedarfsgemeinschaften im Juni 2011 an der Bevölkerung unter 15 Jahren nach Ländern

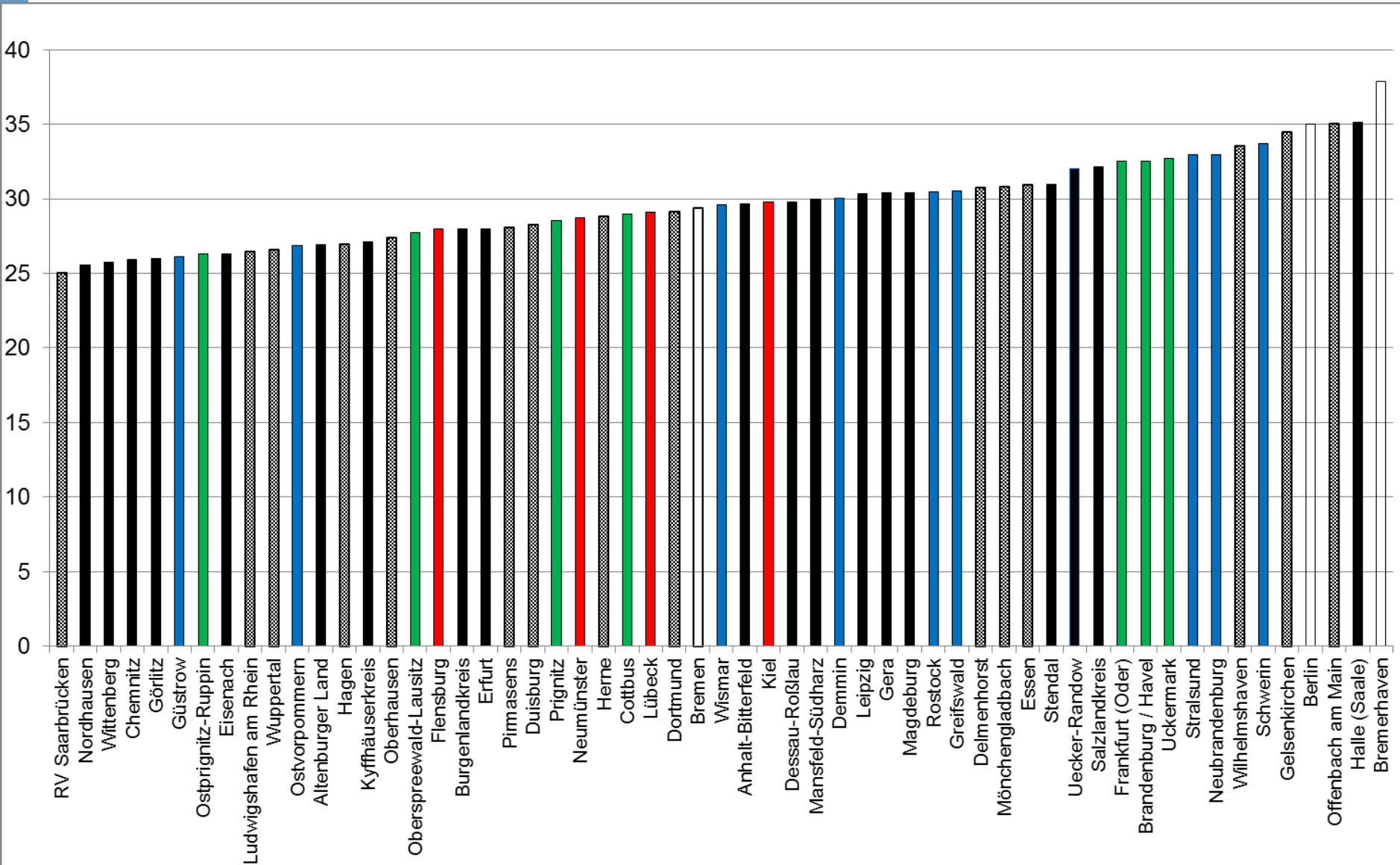


# Die Kreise Deutschlands mit Hilfequoten der Kinder unter 15 Jahren in Bedarfsgemeinschaften (SGBII) von über 25 % im Juni 2011



**DIPF**

Bildungsforschung  
und Bildungsinformation





# Demografische und soziale Trends

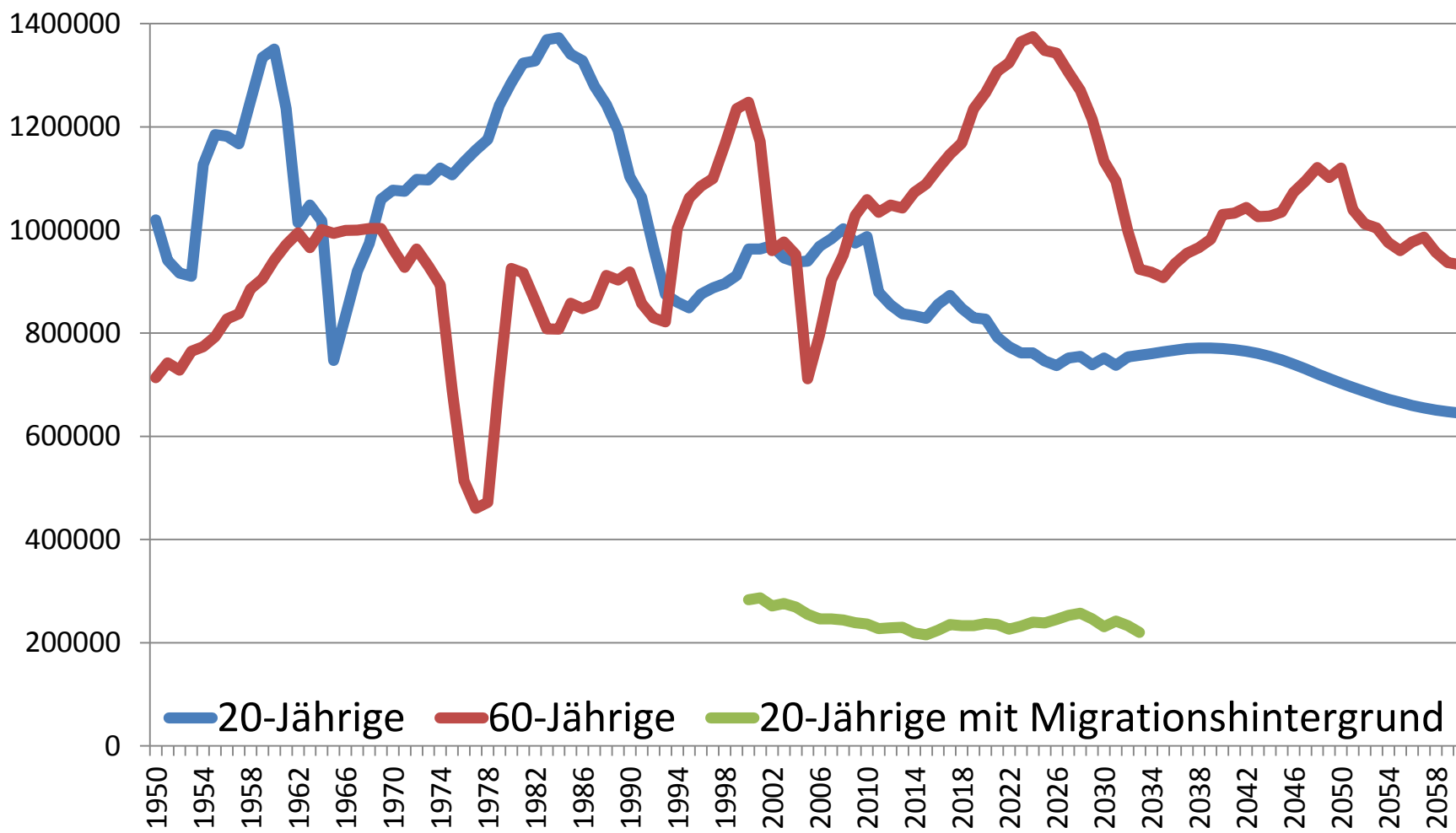
Mit den demografischen Trends sind zugleich weitreichende soziale Entwicklungen verbunden, die in der Ungleichheitsdebatte nicht ausreichend berücksichtigt werden:

Migranten haben durchschnittlich eine deutlich schlechtere soziale Position in unserer Gesellschaft als Nichtmigranten. Eine Integrationspolitik muss auch die „kulturellen Mitbringsel“ wie Religion und Sprache beachten und muss sich von einer Politik der Assimilation (ausschließliche Anpassung an die Kultur Deutschlands abgrenzen).

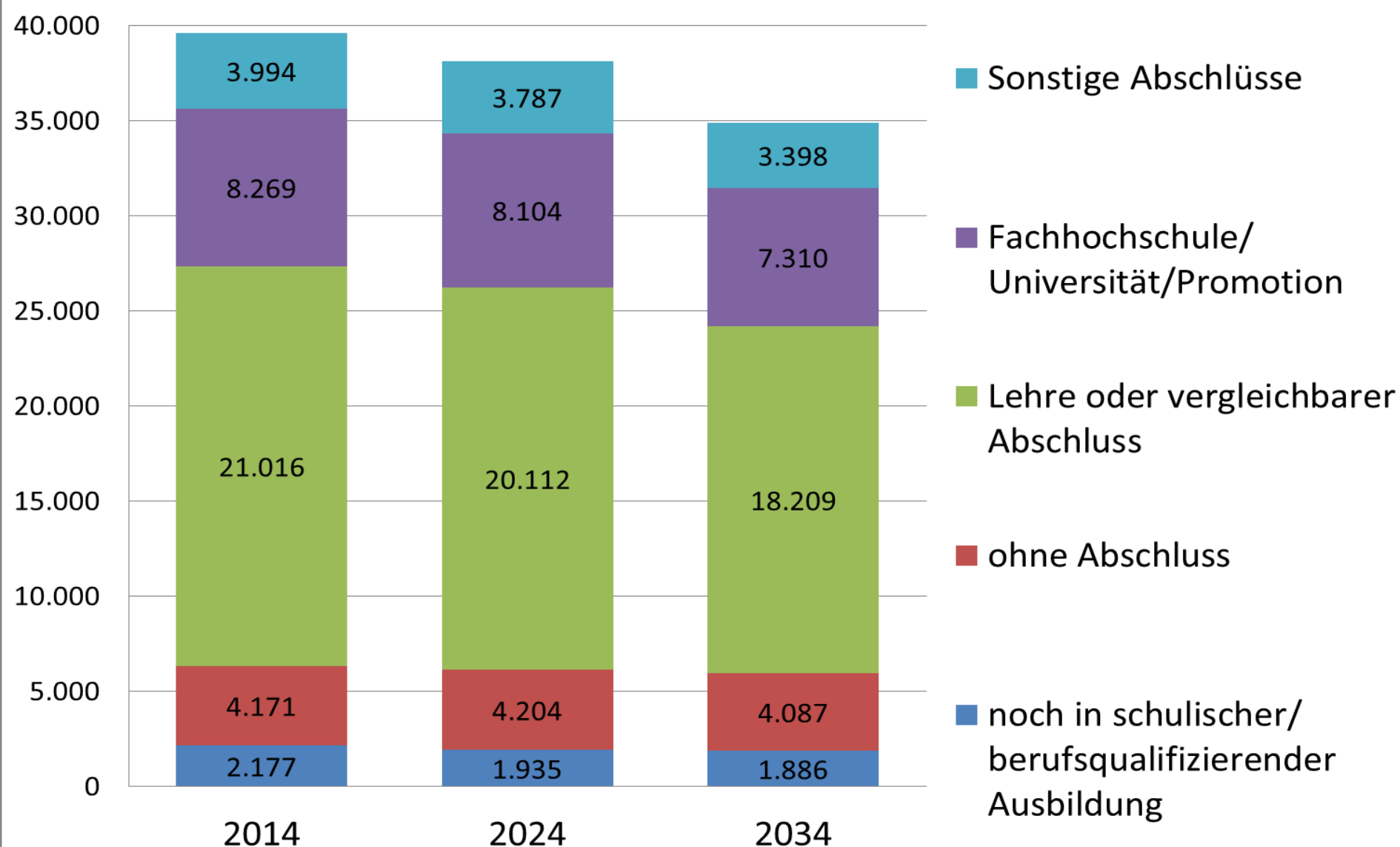
In den ostdeutschen Ländern müssen vor allem die Einschränkungen der gesellschaftlichen Teilhabe durch Armut berücksichtigt werden, die oft über die ökonomische Lage hinaus auch Bildungsferne und gesellschaftliche Desintegration bedeuten.

# 1.2 Ersatz- und Zusatzbedarf an qualifizierten Arbeitskräften und Folgen für des Schulsystem

Vergleich der Jahrgänge der 20- und der 60-Jährigen 1950-2060 (ab 2014 13. Bev. Vorausschätzung, Variante 2)



# Entwicklung der Erwerbstätigen 2014 bis 2034 nach Qualifikationsniveau bei konstanten altersspezifische Erwerbsquoten von 2014 (Erwerbstätige mit und ohne Migrationsstatus) (Mikrozensus 2014 und 13. Bevölkerungsfortschreibung, 2. Variante)

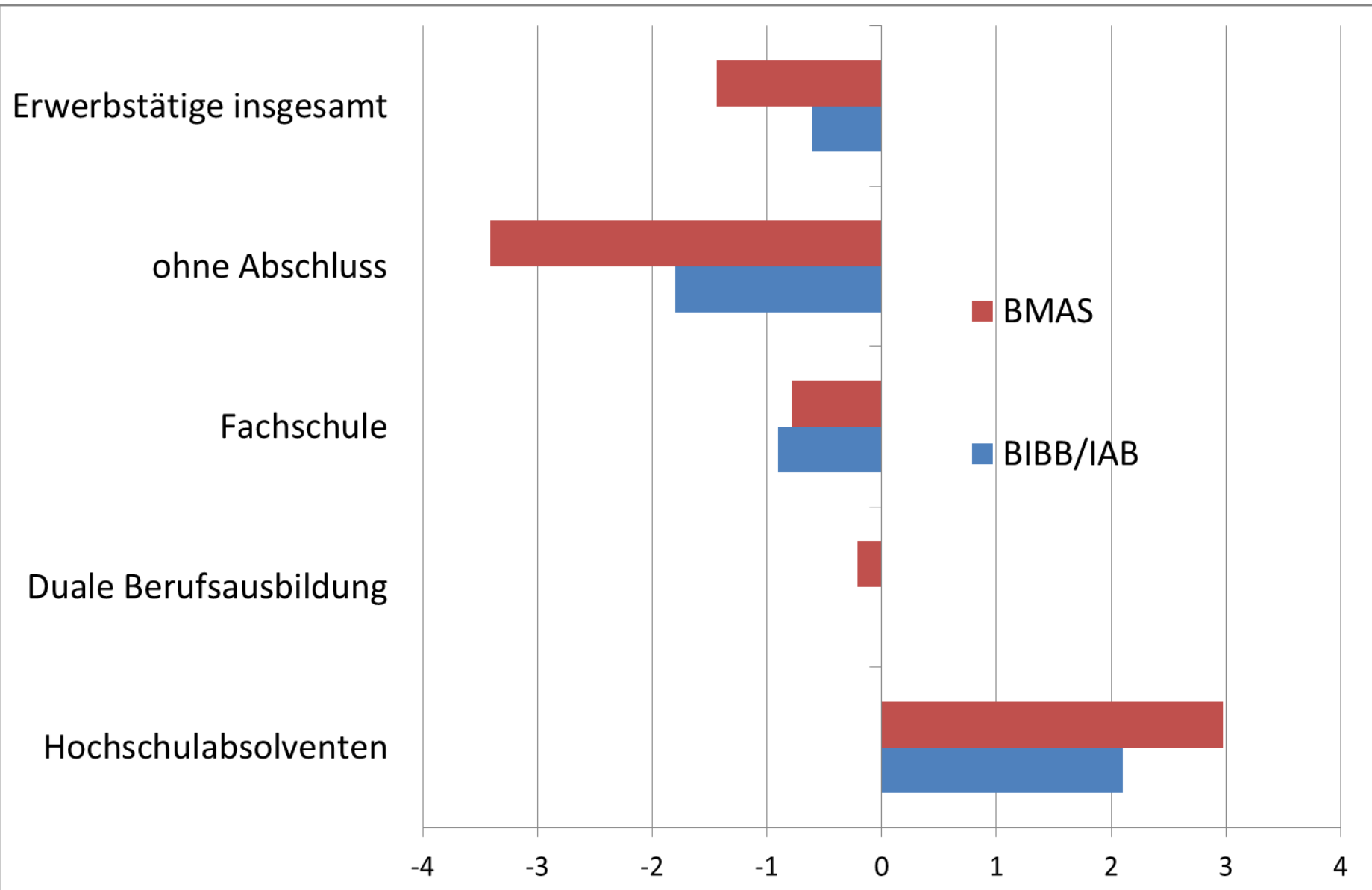


# Entwicklung des qualifikationsspezifischen Arbeitskräftebedarfs 2010 - 2030



**DIPF**

Bildungsforschung  
und Bildungsinformation



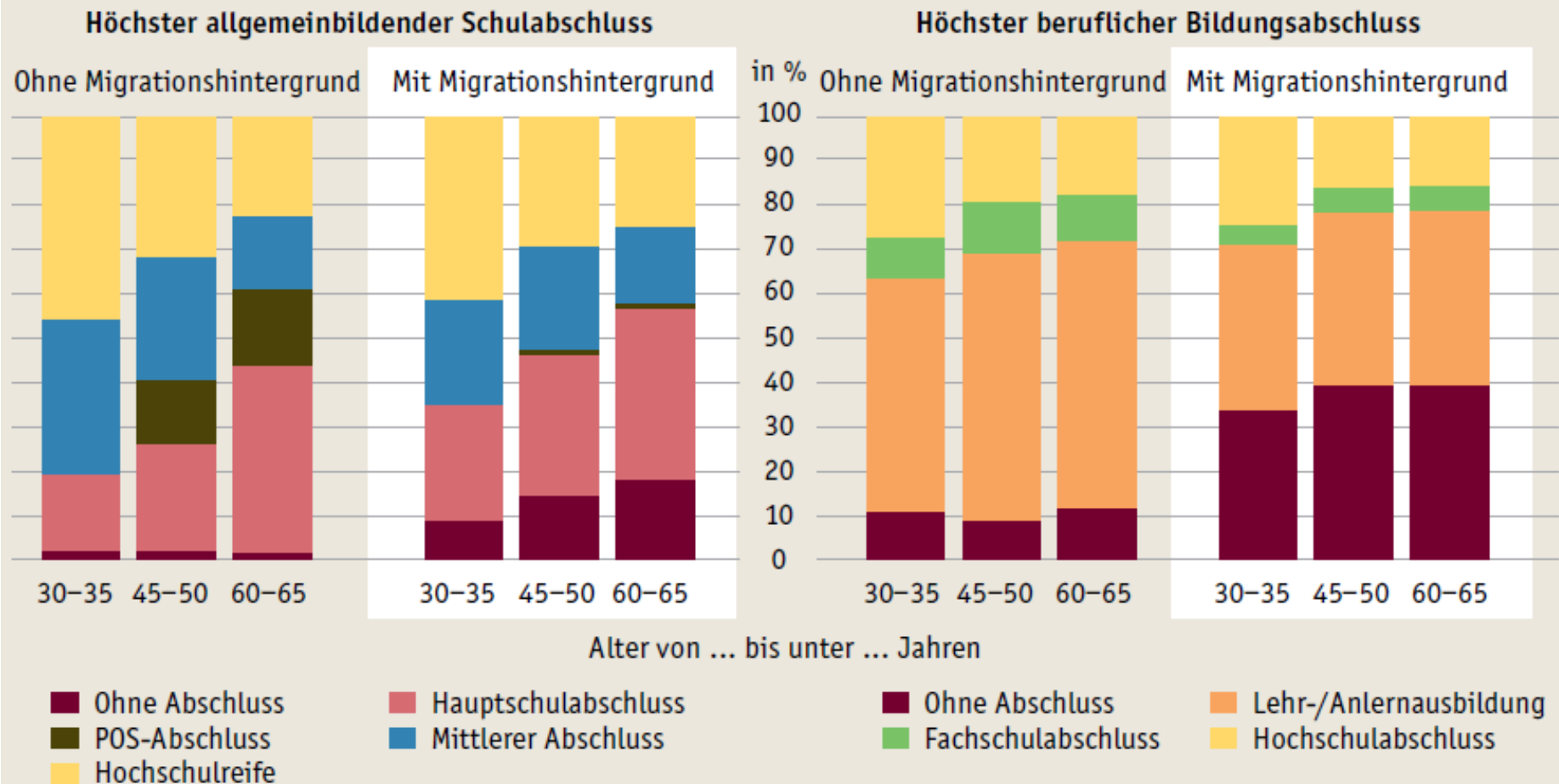
# Auswirkungen der demografischen Entwicklung auf die qualifikationsspezifischen Entwicklungen am Arbeitsmarkt



**DIPF**

Bildungsforschung  
und Bildungsinformation

**Abb. B5-1: Bildungsabschlüsse der Bevölkerung ab 15 Jahren 2014 nach Altersgruppen und Migrationshintergrund (in %)**

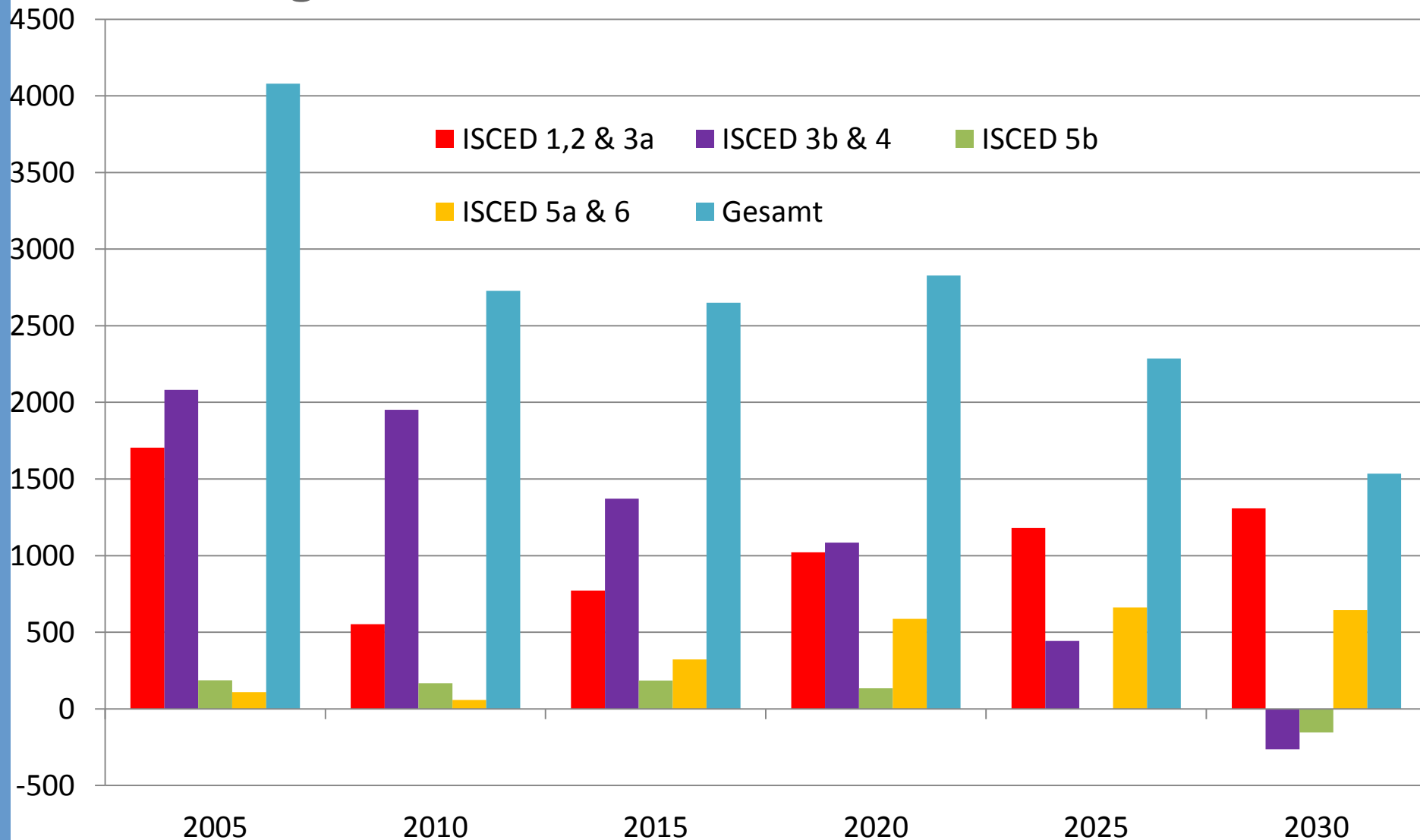


# Arbeitsmarktbilanz nach Qualifikationsgruppen 2005-2030: Erwerbspersonen – Erwerbstätige (Quelle: BIBB-Report 18/12, S. 5)



DIPF

Bildungsforschung  
und Bildungsinformation

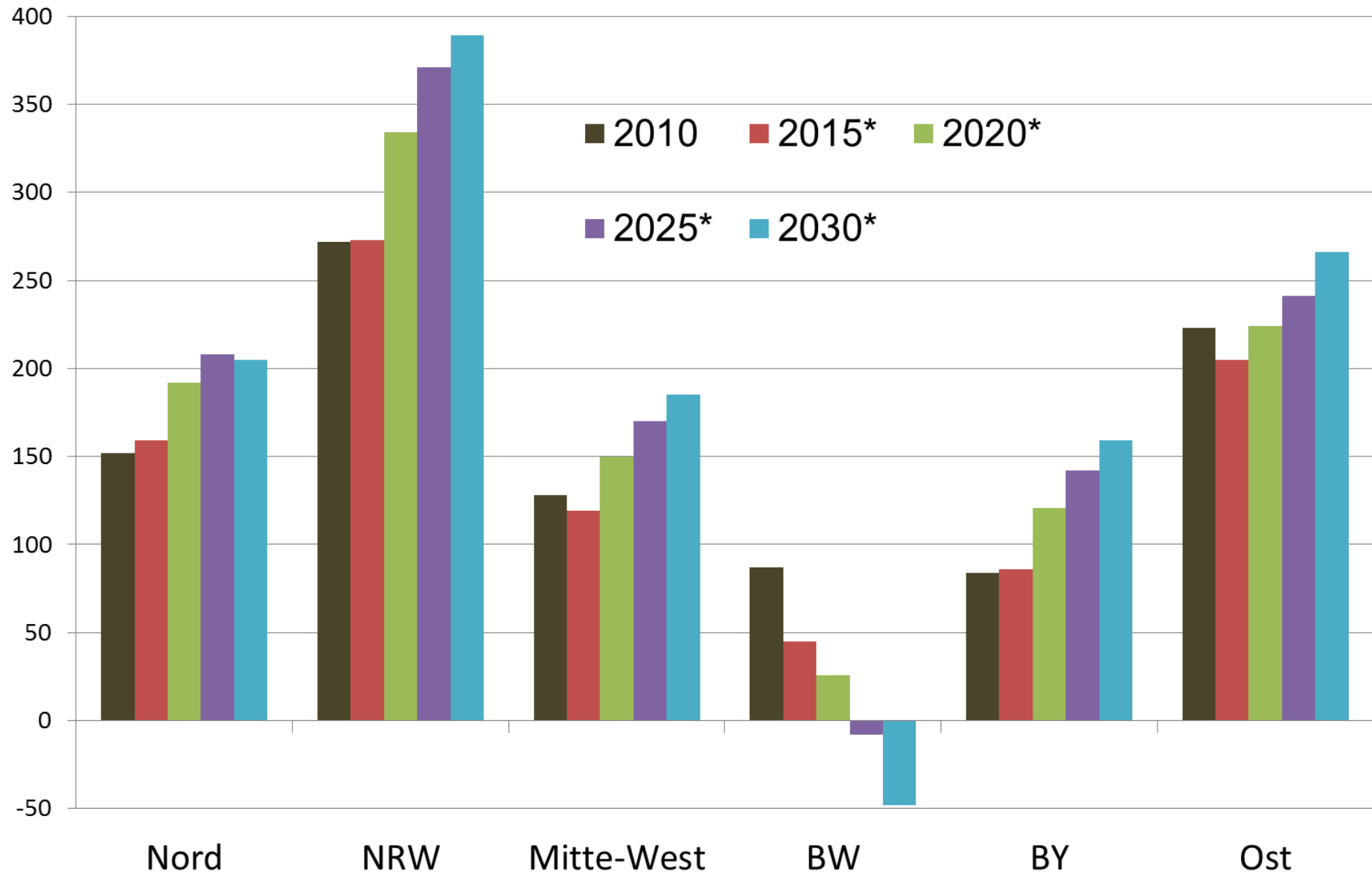


# Regionalprognose von BiBB/IAB: Über den Bedarf hinausgehende Zahl der Erwerbspersonen/Erwerbstätigen ohne



**DIPF**

Bildungsforschung  
und Bildungsinformation



- „Das Augenmerk der Bildungsbemühungen wird sich auf das untere Ende des Qualifikationsspektrums richten müssen. Dort muss es zu verstärkten Anstrengungen bei der Integration ausbildungsferner Jugendlicher kommen, aber auch zum Ausbau der beruflichen Weiterbildung. Dies sind die Voraussetzungen, damit die Wirtschaft ihren Qualifikationsbedarf überhaupt in wirksame Nachfrage umsetzen kann.“

(BMAS (2013): Arbeitsmarktprognose 2030. Eine strategische Vorausschau auf die Entwicklung von Angebot und Nachfrage in Deutschland, S. 23)



- Formen einer nachholenden Qualifizierung für Personen mit eher niedrigem Bildungsstand und das Nachholen von Schul- und insbesondere Berufsbildungsabschlüssen sind in Zukunft wichtige Voraussetzungen gesellschaftlicher und ökonomischer Integration.
- Anpassungsqualifizierungen für Personen mit Migrationshintergrund und mit im Ausland erworbenen Bildungs- und Berufsabschlüssen.
- Zum weiteren Ausbau des Bildungswesens und der **Verstärkung der Bildungsanstrengungen auf allen Bildungsstufen und Qualifikationsniveaus** gibt es keine Alternative, wenn künftig Qualifikationsengpässe vermieden werden sollen.

## 2. Überlegungen zur Bewältigung der Herausforderungen

## 2. 1 Folgerungen für die Schulentwicklung

Der Niedersächsische Kultusminister

# Die kleine Grundschule



Mit einem Beitrag  
von Walter Kempowski

- Kleine Grundschulen mit jahrgangsübergreifende Klassen sind ein international erprobtes Schulmodell seit der Reformpädagogik (Petersen, Montessori), das angesichts der zunehmenden Heterogenität der Schülerzusammensetzung und bei einem inklusiven Schulsystem noch an Bedeutung gewinnt.
- Die Forschung konnte bisher keine Nachteile für die Schülerinnen und Schüler kleiner Grundschulen feststellen: kein „Defizitmodell“ der Schulentwicklung.

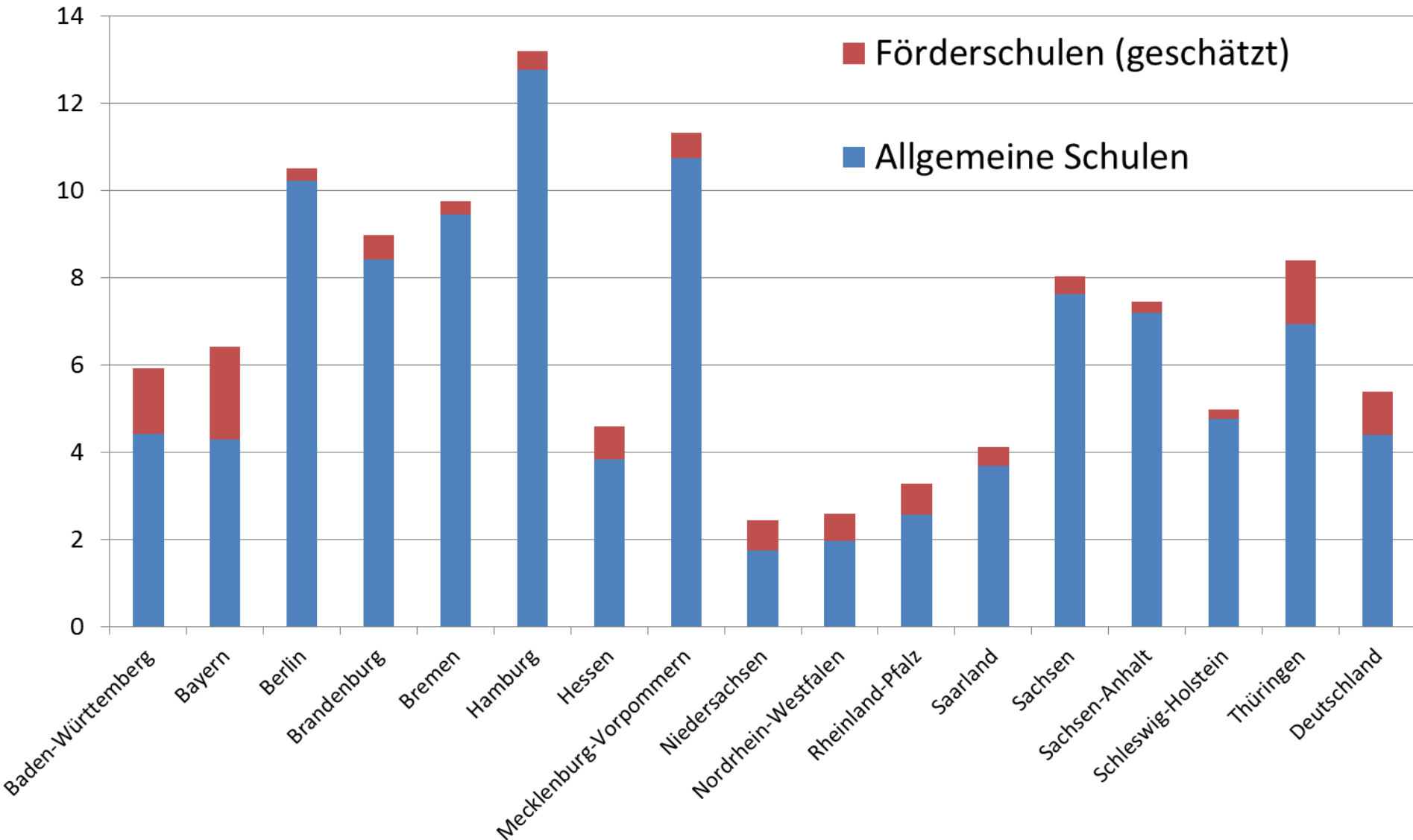
- Problem ist die fehlende Lehrerqualifizierung: hier wären Änderungen und eine intensivierete berufsbegleitende Fortbildung notwendig.
- Unterrichtsmaterialien für eine binnendifferenzierende Unterrichtsorganisation sind vorhanden.
- Versuche zur Zusammenarbeit von Kindertagesstätte und Grundschule wären denkbar.
- Akzeptanz durch die Eltern wichtig.
- Denkbar wäre eine Verlängerung der Primarstufe im ländlichen Raum auf sechs Schuljahre über Brandenburg hinaus, um länger eine wohnortnahe Unterrichtung der Kinder zu sichern (würde 2X3 Jahrgänge-Lösungen wie in der Petersen- und Montessori-Pädagogik ermöglichen).
- International gibt es Beispiele erfolgreicher Verbundschulmodelle (Schule mit Abhängigkeiten)

# Anteil der Schülerinnen und Schüler in privaten 1.- 4. Jahrgangsklassen (Grundschulklassen) im Schuljahr 2013/14



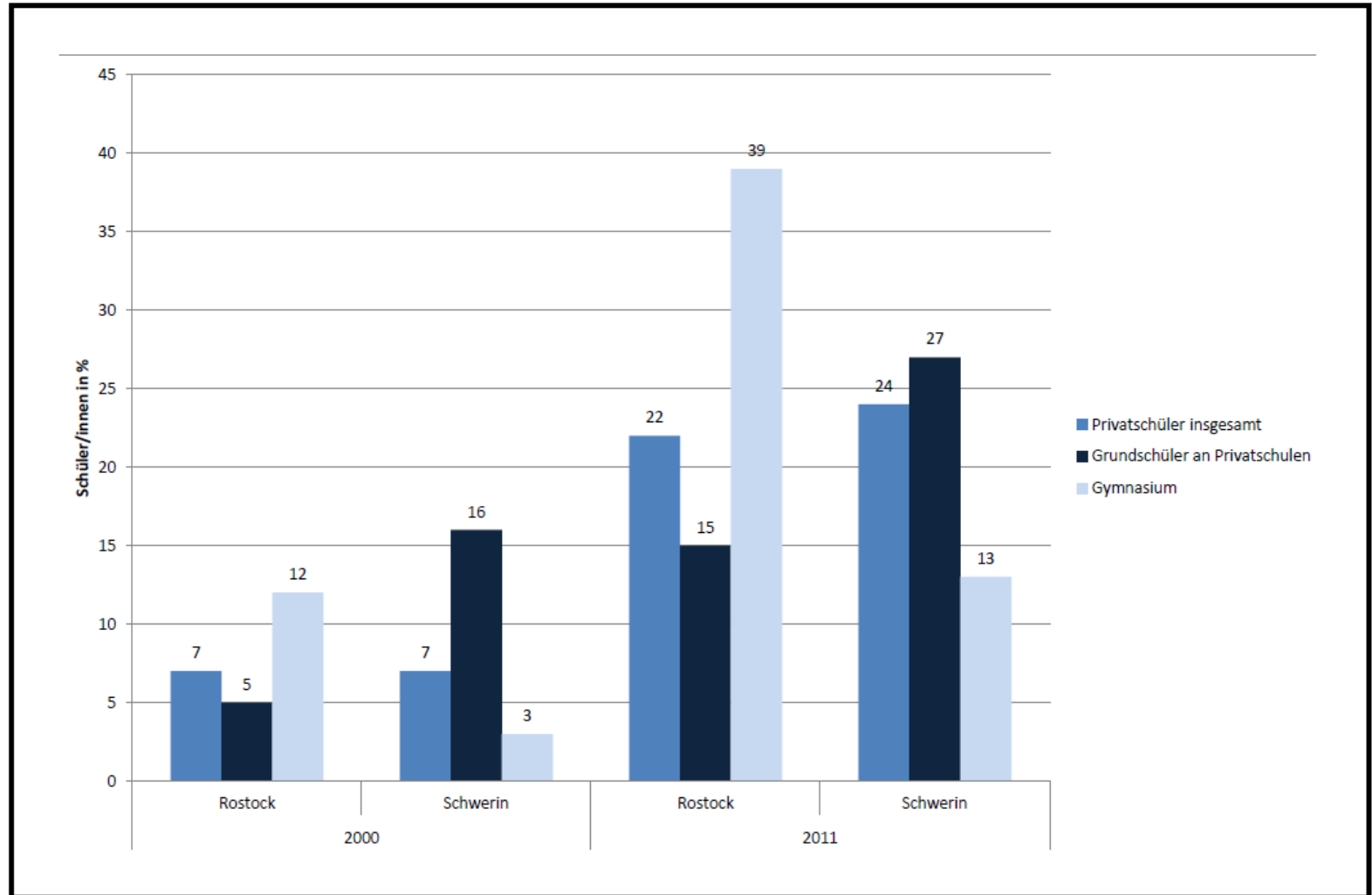
DIPF

Bildungsforschung  
und Bildungsinformation



## Abb. 2: Anteil an Schüler/innen in privaten Schulen nach ausgewählten Schularten in Rostock und Schwerin 2000 und 2011 in Prozent

ation



Quelle: Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern 2014, eigene Berechnungen

Aus: <https://www.boell.de/de/2016/08/05/mythos-chancengleichheit-der-grundschule>

	% Kitakinder 3-6 J. mit ganztägiger Betreuung	% Kinder 6- 11 J. in Kindertages- bereuuung	Versor- gungslücke Grund- schule
--	--	--	---

Ergebnisse der  
Kindertagesstätten-  
statistik 2015

Nicht berücksichtigt  
sind 5 teilgebundene  
Ganztagschulen im  
Grundschulbereich  
im Schuljahr  
2015/16.

In Kiel und Lübeck  
sind die Plätze in  
gebundenen  
Ganztagschulen  
berücksichtigt.

Flensburg, Stadt	44,1	26,5	-17,6
Kiel, Landeshauptstadt	59,9	27,2	-18,0
Lübeck, Hansestadt	56,9	16,5	-36,1
Neumünster, Stadt	46,0	21,9	-24,1
Dithmarschen	7,2	12,2	5,0
Herzogtum Lauenburg	34,3	16,2	-18,1
Nordfriesland	21,3	17,3	-4,0
Ostholstein	18,0	14,6	-3,4
Pinneberg	29,3	18,8	-10,5
Plön	17,2	16,6	-0,6
Rendsburg-Eckernförde	15,1	14,6	-0,5
Schleswig-Flensburg	10,7	16,2	5,5
Segeberg	33,3	24,5	-8,8
Steinburg	9,7	14,9	5,2
Stormarn	36,5	26,9	-9,6
<b>Schleswig-Holstein</b>	30,1	19,1	-9,6

# Öffentliche Grundschulen<sup>1</sup> in Rheinland-Pfalz im Schuljahr 2015/16 nach dem Anteil der Schülerinnen und Schüler mit nichtdeutscher Familiensprache und ganztägigen Angeboten

Anteil Schülerinnen und Schüler mit nichtdeutscher Familiensprache	öffentliche Grundschulen	darunter Ganztagschulen			
		verpflichtende Form	offene Form	Angebotsform	Insgesamt in v. H.
0%	81	0	0	3	3,7
unter 10%	293	1	4	54	20,1
10 bis unter 20%	207	0	8	74	39,6
20 bis unter 30%	127	0	0	57	44,9
30 bis unter 40%	93	1	0	45	49,5
40 bis unter 50%	57	0	0	33	57,9
50 bis unter 60%	30	0	0	16	53,3
60 bis unter 70%	20	0	0	10	50,0
70% und mehr	17	0	0	8	47,1
Insgesamt	925	2	12	300	33,9



# Lehrkräfteversorgung der öffentlichen Grundschulen in Rheinland-Pfalz mit hauptberuflichen Lehrkräften in Abhängigkeit vom Anteil der Schülerinnen und Schüler mit nichtdeutscher Familiensprache im Schuljahr



**DIPF**

Bildungsforschung  
und Bildungsinformation

2015/16

Anteil Schülerinnen und Schüler mit nichtdeutscher Familiensprache (ndFS)	Lehrkräfteversorgung an öffentlichen Grundschulen <sup>1</sup>		Schüler je Schule <sup>1</sup>
	Schüler je VZL <sup>2</sup>	USTD je Schüler <sup>3</sup>	
0%	13,5	1,59	61
unter 10%	14,4	1,48	102
10 bis unter 20%	15,1	1,42	134
20 bis unter 30%	15,1	1,42	165
30 bis unter 40%	14,7	1,47	186
40 bis unter 50%	15,0	1,43	221
50 bis unter 60%	15,4	1,40	232
60 bis unter 70%	14,7	1,46	240
70% und mehr	15,2	1,41	275
Insgesamt	14,8	1,45	140

# Im Grundschulbereich besonders wichtig: Segregationstendenzen vorbeugen

- Beschluss der Kultusministerkonferenz von 2007 zur schulischen Integration von Kindern mit Migrationshintergrund: „Die Länder sind sich bewusst, dass Schulen mit einem hohen Anteil an Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund auch einen höheren Aufwand betreiben müssen, um Integrationsarbeit im erforderlichen Umfang leisten zu können. Es besteht deshalb Einigkeit, dass für diese Schulen auch spezifische Mittel bereitgestellt werden, sei es durch Senkung der Frequenzen, Erhöhung des Lehrpersonals oder Unterstützung der Lehrkräfte durch sozialpädagogische Fachkräfte der Jugendhilfe. Diese Schulen benötigen besonders qualifiziertes Personal.“ (Sekretariat der KMK 2007, S. 4).
- Diese Aussage gilt in gleichem Maße für Kinder, die in Armut aufwachsen. Nur in den Stadtstaaten werden Ansätze einer bedarfsorientierten Differenzierung der Lehrkräftezuweisung in einem beachtenswerten Umfang praktiziert.

- *Sekundarstufe I: Verringerung der äußeren Differenzierung der Schulstruktur, um ein erreichbares Schulangebot zu sichern.*
- Aus Sicht der Forschung sind in der Sekundarstufe leistungsmäßig heterogen zusammengesetzte Lerngruppen und ein fachlich qualifizierter Unterricht (kein fachfremd erteilter Unterricht) anzustreben, um Benachteiligungen zu vermeiden. Entsprechend müssen die Schulen mehrzünftig sein. Dies sollte zur Schließung von Schulen führen, die diese Qualitätsstandards nicht erfüllen.

Integrative sonderpädagogische Förderung kann zur Standortsicherung von Schulen im ländlichen Raum beitragen.

Zunehmend stellen Forschungsbefunde die Leistungsfähigkeit der Förderschulen in Frage (Schulleistungen, erreichte Schulabschlüsse, fachliche Qualität des Unterrichts, fehlende Qualifizierung des Personals, Probleme der Unterrichtsdifferenzierung bei sehr heterogener Schülerschaft)

Inklusion ist auch eine Maßnahme, um die erhebliche Transportbelastung von Schülerinnen und Schülern an Sonderschulen im ländlichen Raum zu verringern.

Wichtig ist ergänzend aber ein Konzept zur Sicherstellung einer fachlich qualifizierten sonderpädagogischen Betreuung der Kinder in allen Förderschwerpunkten.

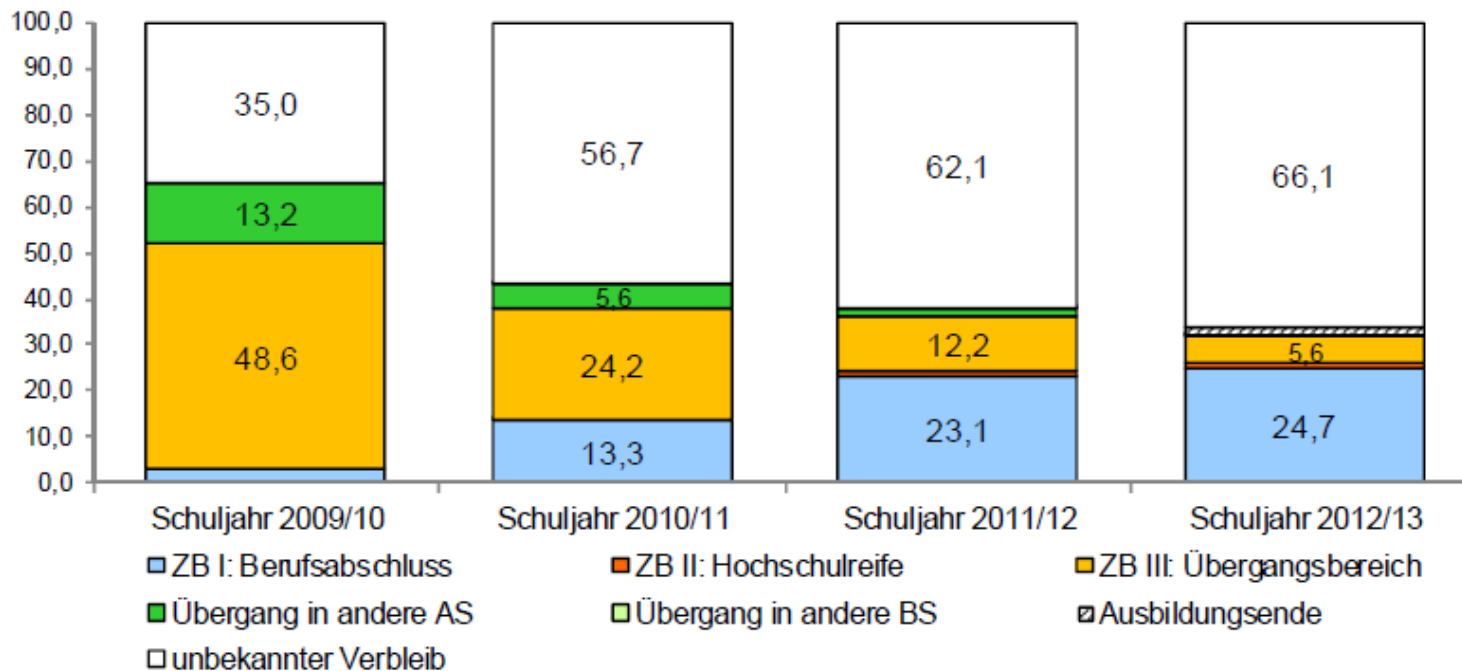
- *Vermeidung der Schließung ländlicher Berufsschulen als strukturpolitische Maßnahme*
- Durch die häufig besonders starken Rückgänge bei der jungen Bevölkerung und durch einen sinkenden Anteil an Auszubildenden, die die Berufsschule in dem Kreis des Ausbildungsplatzes oder Wohnorts besuchen, sind ländliche Berufsschulen stark gefährdet. Rückwirkend kann sich diese Situation negativ auf die Bereitstellung von Ausbildungsplätzen auswirken.
- Notwendig ist ein verändertes Konzept der Fachklassenbildung zur Sicherstellung des Berufsschulunterrichts am Ausbildungsort (oder ersatzweise Wohnort) und Reduzierung überregionaler Fachklassen (z. B. über **Fachklassen auf Berufsgruppenebene** (zunächst Zusammenfassung der Schüler benachbarter Schulen, dann auf Regions- und Bezirksebene, bevor Landesfachklassen gebildet werden) (Decker, Grimmer, Weis 1984) oder **Mischklassenbeschulung** (Laag, Müller 2010)).

2. Für die Entwicklung ländlicher Räume können vollzeitschulische Ausbildungsgänge an beruflichen Schulen und Fachschulangebote (auch über Kooperationen mit der lokalen Wirtschaft) eine besondere Bedeutung erhalten. Sie bieten attraktive Ausbildungsmöglichkeiten in aussichtsreichen Berufsfeldern von regionaler Bedeutung.

Die strukturpolitischen Möglichkeiten des Schulberufssystems sollten in Verbindung mit den lokalen Arbeitgebern ausgelotet werden.

3. Viele Jugendliche ohne Schulabschluss oder höchstens Hauptschulabschluss werden vom Übergangssystem nicht ausreichend schulisch gefördert und verlassen die Massnahmen ohne in eine Berufsausbildung zu wechseln.

**Abbildung 35 Verbleib der Schulentlassenen ohne Hauptschulabschluss (Sek I) aus dem Sommer 2009 in den Jahren 2009/10 bis 2012/13 (N = 4464)**



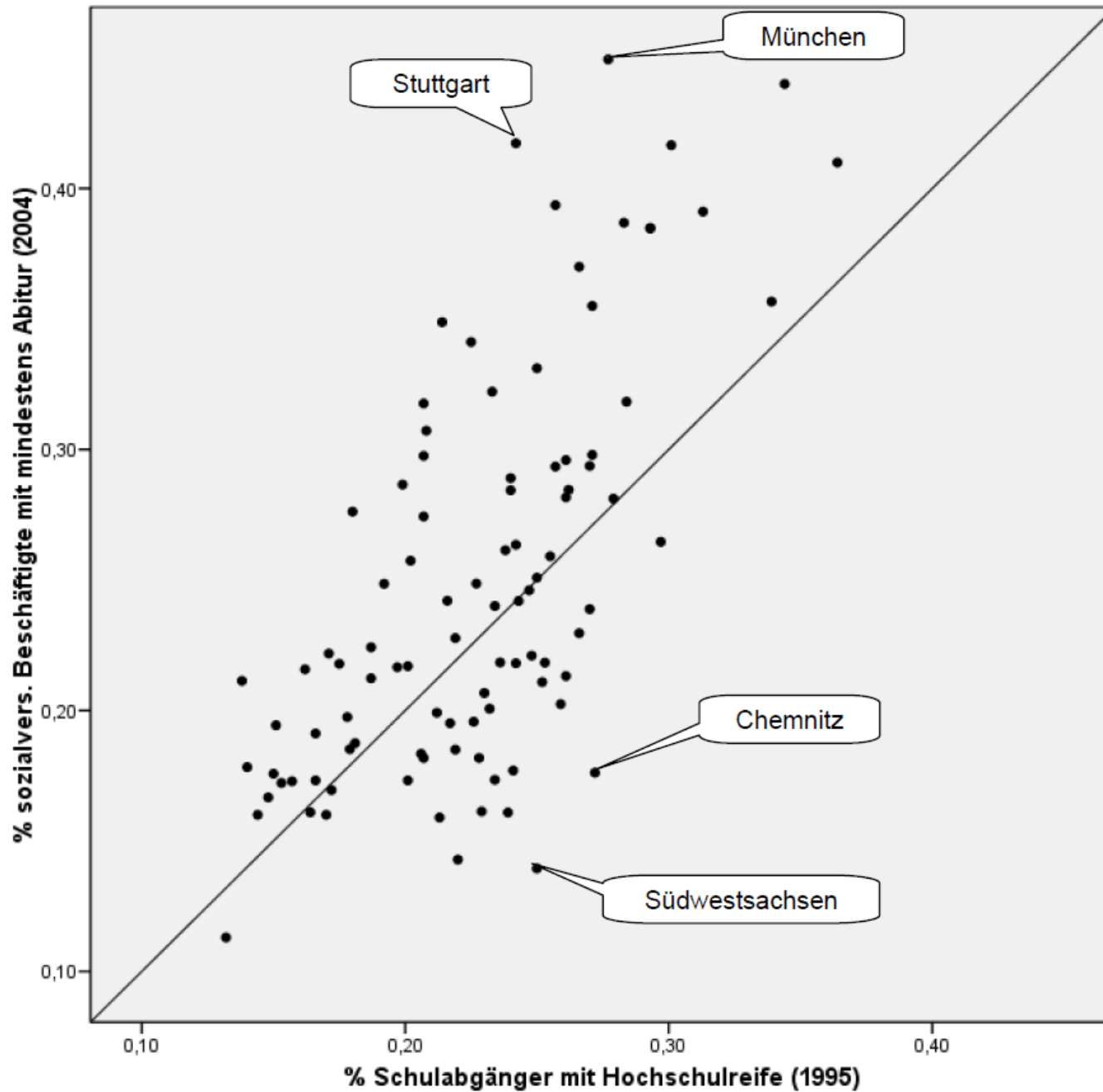
- Vor dem Hintergrund abnehmender Schülerzahlen ist eine innere Differenzierung und Individualisierung der Förderung im Übergangsbereich angezeigt (Weishaupt u.a. 2012), auch um das wohnortbezogene Angebot zu erhalten.
- Maßnahmen der Kooperation von beruflichen Schulen und allgemeinbildenden Schulen sind ergänzend zu fördern, um schon frühzeitig schwierige Berufseinmündungsprozesse zu begleiten und individuelle Entwicklungsmöglichkeiten zu finden (s. auch: Bertelsmann Stiftung 2012, 2013).
- Die Ressourcen müssen erheblich erhöht werden (garantierte sonder- und sozialpädagogische Betreuung)
- Alle Jugendlichen müssen erreicht und möglichst so weit qualifiziert werden, dass sie langfristig in den Arbeitsmarkt integriert werden können.



4. Die Fachoberschulen und beruflichen Gymnasien bieten mit ihren Fachrichtungen (Wirtschaft und Verwaltung, Technik, Gesundheit, Gestaltung, Sozialwesen und Sozialpädagogik) fachliche Profilierungen für den Hochschulzugang, die den regionalen Qualifikationserfordernissen entgegenkommen. Zugleich eröffnen sie den Hochschulzugang auch Kindern sozialer Gruppen, die den fachlichen Schwerpunkten des Gymnasiums eher distanziert gegenüberstehen.

Im Blick auf die regionale Verwertbarkeit der erworbenen Qualifikationen sollten die Wege zur Hochschulreife an beruflichen Schulen insbesondere im ländlichen Raum gestärkt und ggf. sogar ausgebaut werden.

Abbildung 2: Regionale Verteilung der Ausbildung und Arbeitsstätten von Abiturient(inn)en



5. Bei den beruflichen Schulen sollte auf eine integrierte Weiterentwicklung der vier Ausbildungsbereiche geachtet werden und gegebenenfalls auch der Verbund mit allgemeinbildenden Schulen der Sekundarstufe II und dem öffentlichen Weiterbildungsbereich angestrebt werden, damit die demografische Entwicklung zur Chance für neu angepasste berufliche Qualifizierungsstrukturen in ländliche Regionen wird.

# Folgerungen für Bildungsgang- und Übergangsempfehlungen

- Durch die Entkopplung von besuchter Schulart und Bildungsgang verliert der Übergang auf weiterführende Schularten nach der Grundschule an Bedeutung. Den Eltern sollte aber vermittelt werden, welche Bildungsgänge mit welchen fachlichen Profilen eine berufliche Bleibeperspektive in der Region eröffnen.
- Dies gilt in besonderem Maße nach der Sekundarstufe I. Dafür ist aber wichtig, dass Strukturentwicklungen im Schulwesen auf regional spezifische Profile des Qualifikationsbedarfs ausgerichtet werden.
- Auf die durch die veränderten demografischen Konstellationen veränderten Zugangsbedingungen zum Arbeitsmarkt und die Verschiebungen in den regionalen Beschäftigungsbedingungen sollte hingewiesen werden. **„Nichts bleibt, wie es war.“**

## 2.2 Folgerungen für die Fachkräftesicherung

Arbeitsmarktpolitische Instrumente um das Erwerbspersonenpotential zu erhöhen sind:

- Erhöhung der Erwerbsquote
- Verlängerung der Erwerbsdauer
- Erhöhung der Frauenerwerbsquote
- Erhöhung der Erwerbsquote von Migrantinnen
- Erhöhung des Anteils vollzeitbeschäftigter Frauen

## **Die arbeitsmarktpolitischen Ziele sind nur über Bildungsmaßnahmen zu erreichen :**

- eine weitere Senkung der Schulabsolventen ohne Schulabschluss
  - die Erhöhung des allgemeinbildenden Schulabschlussniveaus,
  - mindestens ein qualifizierter Berufsbildungsabschluss,
  - die Erhöhung der Studierbereitschaft von Hochschulzugangsberechtigten
  - die Erhöhung der Studienerfolgsquote
  - Verstärkung der berufsbezogenen Weiterbildung.
- 
- Zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und Kinderbetreuung lückenlose Ganztagsangebote bis 10 Jahren

# Nachqualifizierungsaufgaben angesichts der Arbeitsmarkterfordernisse

- Für alle Formen nachholender Qualifizierung („zweite Chance“, Weiterbildung älterer Arbeitnehmer), die eine zunehmende Bedeutung erhalten, stellt nur das **Berufsschulsystem eine flächendeckende Infrastruktur** bereit.
- Dabei muss zusätzlich an Nachqualifizierungsaufgaben im Zusammenhang der Anerkennung von im Ausland erworbenen Schul- und Berufsabschlüssen gedacht werden.
- Änderung des Rechtsrahmens für die berufliche Weiterbildung, damit die Bedingungen für Nachqualifizierung und berufliche Weiterbildung durch die beruflichen Schulen verbessert werden.

### 3. Zusammenfassende Überlegungen

Die großen regionalen Unterschiede der demografischen Entwicklung führen auch zu regional unterschiedlichen Herausforderungen

1. Ländliche Regionen mit schrumpfender Bevölkerung: Maßnahmen zur Sicherung der Bildungsinfrastruktur, verbesserte Chancen für Junge, in der Herkunftsregion Beschäftigung zu finden, daran angepasste Bildungsangebote notwendig (Bedeutung der beruflichen Schulen!).
2. Großstädte mit mehr Beschäftigten (am Arbeitsort) als Erwerbstätigen (am Wohnort): Ersatz an qualifizierten Arbeitskräften wird erschwert, Verstärkung der Bildungsförderung von Migranten, Ganztagsangebote, um die Bedingungen für Frauenerwerbstätigkeit zu verbessern, Umfangreiche Bildungsprogramme für Unqualifizierte, um ihnen Beschäftigungsmöglichkeiten zu eröffnen.



# Regionale Unterschiede in den Herausforderungen

- 3. Altindustrialisierte Großstädte: große soziale Probleme, geringe Finanzkraft, die behindert, Maßnahmen zur Verbesserung der Situation zu ergreifen, Gefahr zunehmender Rückständigkeit und sozialer Probleme. Es fehlt ein angemessener kommunaler Finanzausgleich.
- Die Konflikte zwischen Regionen mit unterschiedlichen Problemkonstellationen durch den demografischen Wandel werden zunehmen. Politische Handlungsstrategien müssen die unterschiedlichen Problemlagen berücksichtigen. Die Zusammenhänge zwischen Bildung und Arbeitsmarkt müssen stärker beachtet werden.

# Besondere Herausforderungen im Schulbereich für ein kommunales Bildungsmonitoring

Die Bedeutung des Schulwesens sowohl für die Verbesserung von Bildungschancen, den Abbau von Benachteiligungen als auch die Beschäftigungsentwicklung und damit die Regionalentwicklung insgesamt muss hervorgehoben werden.

Auf Benachteiligungen und Segregationstendenzen muss besonders hingewiesen werden.

Den beruflichen Schulen – denen aus Landessicht oft nur eine randständige Bedeutung beigemessen wird – sollte aus kommunaler Perspektive besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden. Sie können dazu beitragen, regionalpolitische Folgen des demografischen Wandels positiv zu beeinflussen.

# Kontakt

Prof. Dr. Horst Weishaupt

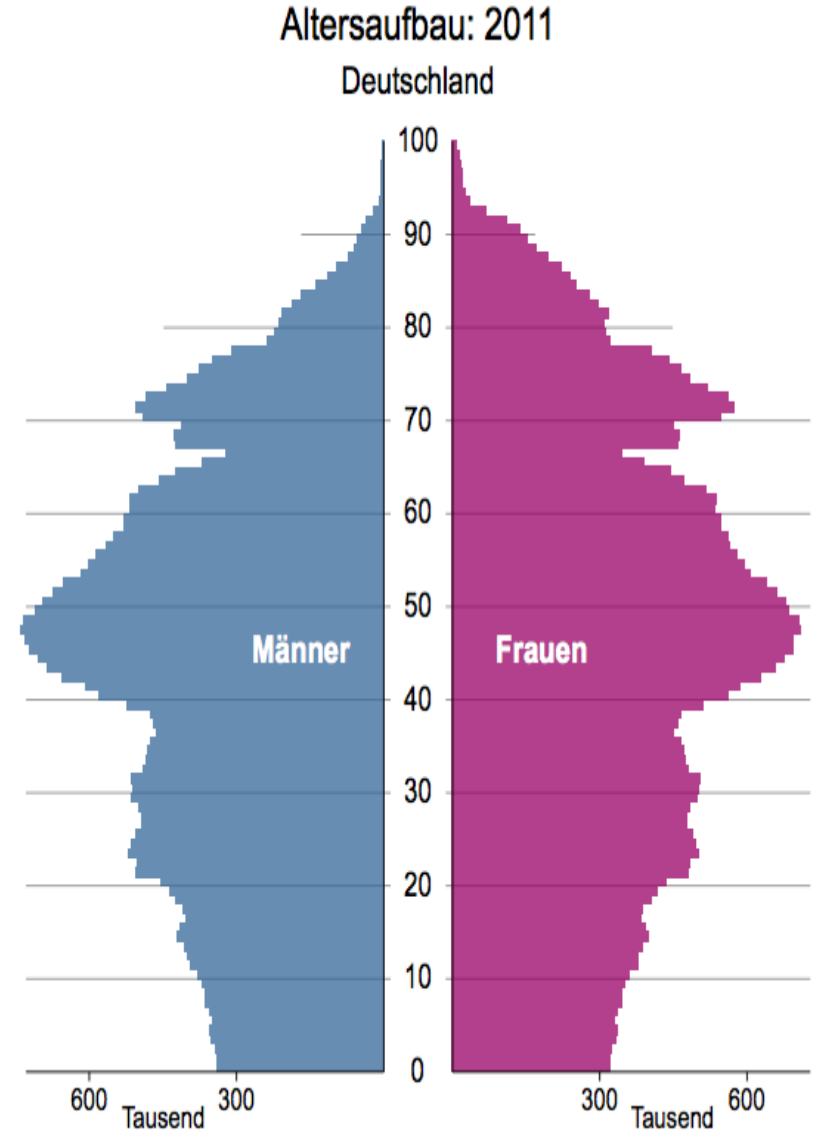
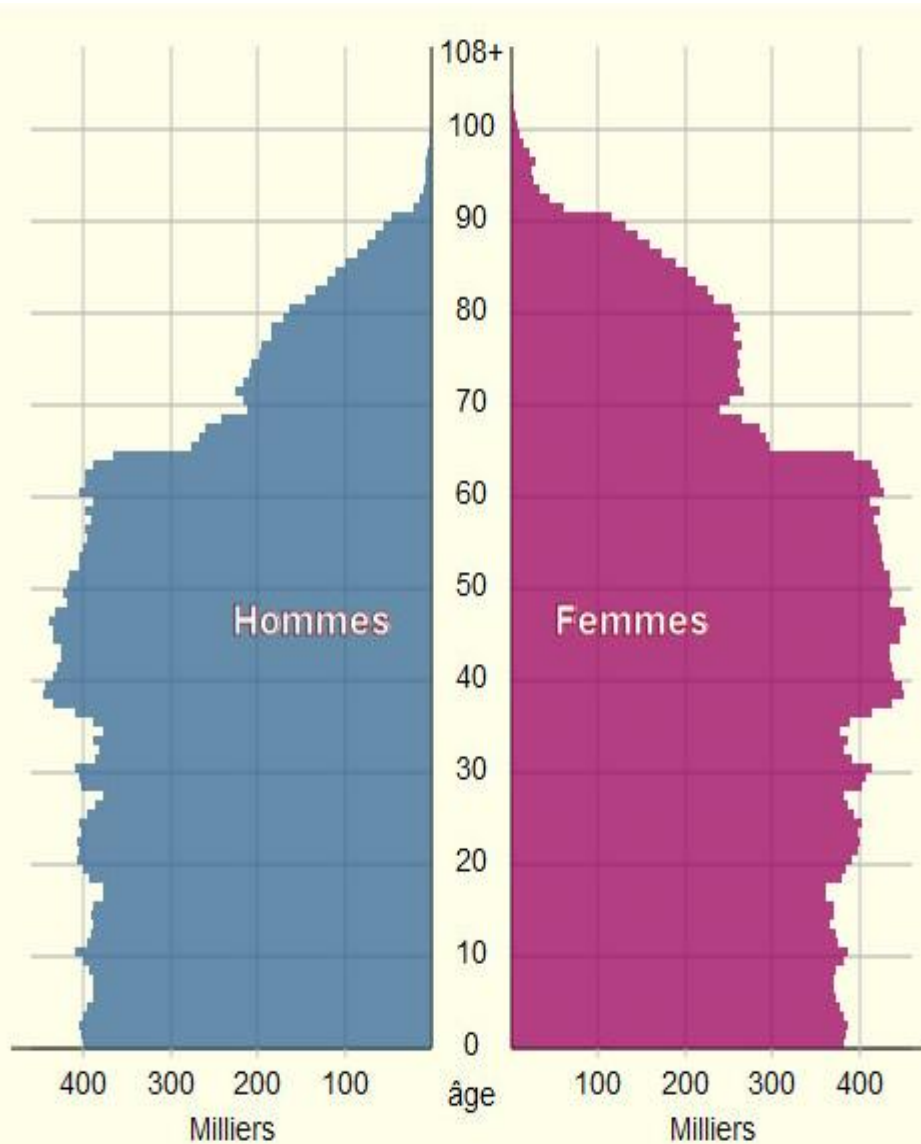
Deutsches Institut für Internationale Pädagogische Forschung (DIPF)

Abteilung „Struktur und Steuerung des Bildungswesens“

Schloßstr. 29, 60486 Frankfurt am Main

[weishaupt@dipf.de](mailto:weishaupt@dipf.de)

# Vergleich der Bevölkerungspyramiden von Deutschland und Frankreich 2011



**Tabelle 2.4.1: Auszubildende in Rodgau 2009**

Nationalität	Einpendler nach Rodgau		Wohn- und Arbeitsort Rodgau		Auspendler aus Rodgau	
	absolut	in Prozent	absolut	in Prozent	absolut	in Prozent
Deutsche	180	88,7	154	87,5	490	93,0
Ausländer	23	11,3	22	12,5	37	7,0
Insgesamt (abs.)	203		176		527	

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, eigene Berechnungen. Stand: 30.06.2009